


Hohe Börde



Redaktion:
Constanze Arendt-Nowak (car), Tel.:
03 92 04/5 50 15, Fax: 03 92 04/62 47 58
pressebuero.arendt@t-online.de

Meldungen

Veranstaltungen sind Thema für die Räte

Hohenwarsleben/Schackensleben/Ochtmersleben (car) • Der Veranstaltungsplan der Gemeinde Hohe Börde für das nächste Jahr soll langsam Gestalt annehmen. Deshalb werden sich auch mehrere Ortschaftsräte in ihren heutigen öffentlichen Sitzungen unter anderem mit diesem Thema befassen. In Hohenwarsleben beginnt die Ratssitzung um 18 Uhr im Versammlungsraum im Dorfgemeinschaftshaus, in Schackensleben geht es um 20 Uhr im Versammlungsraum in der Prokon-Halle los. In Ochtmersleben tagen die Räte ab 19 Uhr im Versammlungsraum in der Otto-Grotewohl-Straße 27.

Kaffeenachmittag fällt heute aus

Bebertal (car) • Aufgrund von Krankheit muss der für den heutigen Mittwoch geplante Kaffeenachmittag des Bebertaler Freundeskreises der Senioren abgesagt werden. Ein neuer Termin wird rechtzeitig bekanntgegeben. Das teilte Klaus Bremer vom Freundeskreis mit.

Gedenkstein wird feierlich enthüllt

Ochtmersleben (car) • Die Ochtmersleber Heimatfreunde haben einen Grund gefunden, um am 4. und 5. September zu feiern. Zur 870-Jahr-Feier sind alle Ochtmersleber und Einwohner der umliegenden Ortschaften eingeladen. Wie Günter Kohl als Vorsitzender der Heimatfreunde mitteilte, soll es am Freitagabend einen Vortrag über die Ochtmersleber Geschichte für geladene Gäste geben. Am Sonnabend, 5. September, wird um 14 Uhr auf dem Gemeindehof in einer Feierstunde ein Gedenkstein enthüllt. Anschließend gibt es Kaffee und Kuchen. Auch die Heimatstube ist geöffnet.



Feuerwehr zeigt sich als Einheit

Niederroddeleben (car) • Zu einem besonderen Einsatz sind Kameraden der Feuerwehren der Gemeinde Hohe Börde am Sonntagvormittag ausgerückt. Ziel war das Plateau des Wartberges zwischen Niederroddeleben und Irxleben. Hier bildete das Urmfeld der Bismarckwarte, die auch im Wappen der Gemeinde zu finden ist, die ideale Kulisse für ein Mannschaftsfoto mit fast allen Einsatzfahrzeugen. Bis alle 33 Fahrzeuge ihre Position gefunden hatten, dauerte es zwar eine Weile, aber einige Kameraden machten ihre Aufgabe beim Einweisen gut. Das letzte Wort hatten dann die Fotografen, die aus dem Korb der Drehleiter der Feuerwehr der Stadt Wanzleben-Börde den besten Blick hatten. „Ein schönes Bild“, schwärmte Bürgermeisterin Steffi Trittel, nachdem sie das Ergebnis gesehen hatte.

Neue Namen für zwei Hauptstraßen

Fehlgeleitete Pakete entfachen Diskussion über Straßennumbenennungen in Nordgermersleben

Schwierigkeiten bei der Postzustellung geben Anlass, dass in Nordgermersleben über die Änderung von Straßennamen diskutiert wird. Die Hauptstraße gibt es sowohl in Nordgermersleben als auch in den Ortsteilen Tundersleben und Brumby.

Von Constanze Arendt-Nowak Nordgermersleben • Die Nordgermersleber Ortsteile Brumby und Tundersleben sind nicht groß und dennoch kommt so manches Paket nicht an der richtigen Adresse an. Das Problem: Die Häuser haben alle die Adresse „Hauptstraße“ und in Nordgermersleben gibt es ebenfalls eine gleichlautende Straßenzugbezeichnung. Unter anderem gehört auch Nordgermerslebens neuer Ortsbürgermeister Albrecht von Bodenhausen zu den Betroffenen, die

schon mehrmals vergeblich auf die Zustellung eines Paketes gewartet haben. Und was ist, wenn auch der Rettungsdienst Probleme hat, den Kranken oder Verletzten zu finden und zu der falschen Adresse fährt? Oder die Polizei, die gerufen wurde?

Gleiche Namen bei gleicher Postleitzahl nicht eindeutig

Der Nordgermersleber Ortschaftsrat erkannte die Problematik und hob das Thema auf die Tagesordnung seiner jüngsten Sitzung. „Die Hauptstraße 10 gibt es sowohl in Brumby als auch in Nordgermersleben, das ist bei gleicher Postleitzahl nicht eindeutig, die Pakete fahren in die falsche Richtung“, begann Ortsbürgermeister Albrecht von Bodenhausen die Diskussion. Die Idee sei es, in Brumby und in Tundersleben die „Hauptstraße“ umzubenennen. Seitens der Verwaltung gab es die Vorschläge, dass die Hauptstraße in Tundersleben

künftig „Tundersleber Hauptstraße“ und die Hauptstraße in Brumby künftig „Brumbyer Hauptstraße“ heißen sollen.

Die Namen sind sehr lang. Deshalb hat der Ortsbürgermeister die Anwohner nach ihrer Meinung gefragt. In Tundersleben kam so der Vorschlag auf, die heutige „Hauptstraße“ künftig entsprechend der verschiedenen Straßenzüge unterschiedlich zu benennen. Neben der „Tundersleber Straße“ entlang der Bundesstraße 1, soll eine Stichstraße künftig „Im Winkel“ bezeichnet werden und die Straße, die zum Gut führt, entsprechend auch „Zum Gut“ heißen.

Auch für den Ortsteil Brumby gibt es noch andere Vorschläge als die, die die Verwaltung unterbreitet hat. So wäre für die Häuser am Straßenzug entlang der Bundesstraße 1 auch denkbar, sie mit „Brumby“ und der entsprechenden Hausnummer zu bezeichnen oder eben die Bezeichnung Brumbyer Straße zu wählen.

Für Ortschaftsrat Matthias Trittel war es unverständlich, dass jetzt die Diskussion um die Straßennamen aufkommt: „Die Anschrift heißt doch heute ganz klar ‚Hauptstraße, 39343 Hohe Börde, OT Brumby‘, da kann es doch nicht zu Verwechslungen mit Nordgermersleben kommen.“ Das hätte eher vor der Gründung der Einheitsgemeinde Hohe Börde passieren können, als Brumby postalisch noch als Ortsteil von Nordgermersleben geführt wurde.

Mitspracherecht der Anwohner wird begrüßt

Dennis Hilliger begrüßte als Ortschaftsrat, dass die Straßenzugbezeichnungen in Tundersleben künftig entsprechend der drei Straßenzüge unterteilt werden sollen. Zudem gefiel ihm, dass die betroffenen Anwohner eigene Vorschläge unterbreitet hatten. Die fünf Ortschaftsräte befürworteten die Vorschläge

und gaben diese nun weiter an die Verwaltung der Gemeinde Hohe Börde. Bevor der Gemeinderat der Hohe Börde die Änderung der Straßennamen auf den Tisch bekommt, soll diese prüfen, ob die vorgeschlagenen Bezeichnungen auch möglich sind.

Für die Bürger wird die Änderung der Straßenzugbezeichnung nicht mit Kosten verbunden sein. Denn –so heißt es auch in der Beschlussvorlage für die Räte – die Personalausweise können nach Rücksprache mit dem Einwohnermeldeamt kostenlos geändert werden. Führerscheine und Reisepässe enthalten keine Straßenzugbezeichnung und müssen deshalb nicht geändert werden. In Tundersleben sind an 35 postalischen Anschriften in der Hauptstraße 116 Personen mit Haupt- oder Nebenwohnsitz gemeldet. In Brumby wären an 18 postalischen Adressen 49 Personen betroffen, wenn der Name der Hauptstraße geändert werden würde.

Meldungen

Festgottesdienst zur Orgelweihe

Nordgermersleben (car) • Die sanierte Hülle-Orgel von der Nordgermersleber Marien und Pankratius-Kirche soll am Sonntag, 6. September, feierlich eingeweiht werden. Der Festgottesdienst in der Orgel-Lernkirche beginnt um 15 Uhr. Interessierte Besucher, Spender und Sponsoren sind eingeladen. Kantor Uwe Döschner wird auf der Orgel unter anderem Werke von Johann Sebastian Bach spielen. Nach dem Festgottesdienst laden die Gastgeber zu Kaffee und Kuchen ein.

Ortsbürgermeister ist montags zu sprechen

Bebertal (car) • Jens Ruhnke wird als Ortsbürgermeister in Bebertal zukünftig seine Sprechstunde immer am ersten Montag im Monat, jeweils von 17 bis 18 Uhr durchführen. Die erste Sprechstunde findet am 7. September statt. Das Büro des Ortsbürgermeisters befindet sich in der Grundschule.

Elbe-Heide



Redaktion:
Burkhard Steffen (bst), Tel.: 03 92 08/
2 33 37, Fax: 03 92 08/2 33 24
pdl.steffen@t-online.de

Meldungen

Kaffeenachmittag im Schulungsraum

Hillersleben (bst) • Die Mitglieder der Volkssolidarität, Ortsgruppe Hillersleben-Dorf, treffen sich wieder zu einem Kaffeenachmittag. Die Veranstaltung am heutigen Mittwoch beginnt um 14 Uhr im Schulungsraum der Freiwilligen Feuerwehr. An diesem Tag wird auch der Beitrag für das zweite Halbjahr kassiert.

Borner treffen sich zum 15. Mal

Born (bst) • Das 15. Borner Treffen startet am heutigen Mittwoch. Dabei kommen ehemalige und aktuelle Einwohner des Dorfes in gemütlicher Runde zusammen. Die Veranstaltung beginnt um 11 Uhr im „Waldfrieden“.

Elbe-Heide-Vertreter wird nicht zustimmen

Verbandsgemeinderat erteilt Hans-Peter Schröder Mandat / Grundbesitzern drohen Nachzahlungen in Millionenhöhe

Wenn auf der heutigen Verbandsversammlung des Wolmirstedter Wasser- und Abwasserzweckverbandes über die Beschlussvorlagen zum Herstellungsbetrag I und II bei Trink- und Schmutzwasser abgestimmt wird, stimmt der Elbe-Heide-Vertreter mit Nein. Dafür bekam er auf der Sitzung des Verbandsgemeinderates ein Mandat.

Von Burkhard Steffen Schricke • Hans-Peter Schröder vertritt die Verbandsgemeinde Elbe-Heide im Wolmirstedter Wasser- und Abwasserzweckverband (WWAZ). „Bei der Brisanz, die hinter diesen Beschlussvorlagen steckt, wollte ich nicht allein entscheiden, sondern ein Mandat des Verbandsgemeinderates. Denn wir vertreten hier die Bürger und für die hat der Beschluss weitreichende Konsequenzen“,

erläuterte Schröder auf der Verbandsgemeinderatssitzung am Montag im Schützenhaus Schricke. Mit der Novellierung des Kommunalabgabengesetzes (KAG) öffnete der Landtag Ende vergangenen Jahres eine Schleuse, die den Wasser- und Abwasserverbänden im Land zwar zusätzliche Einnahmen in Millionenhöhe, den Grundstückbesitzern aber teilweise horrenden Beitragsbescheide bescheren wird.

„Die Landesregierung hat das Kommunalabgabengesetz nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes novelliert.“

Bis zum 31. Dezember dieses Jahres haben die kommunalen Zweckverbände Zeit, den so genannten Herstellungsbetrag II zu erheben. Der gilt für Grundstückseigentümer, die vor dem

15. Juni 1991 an eine zentrale Abwasserbeseitigungsanlage beziehungsweise an das Trinkwassernetz angeschlossen waren.

Der Verbandsgemeinderat machte sich die Entscheidung nicht einfach und hatte als fachkompetente Vertreter den WWAZ-Verbandsgeschäftsführer Jörg Meseberg sowie Sylvia Wendt von der Kommunalaufsicht des Landkreises Börde eingeladen. „Die Landesregierung hat das KAG nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes novelliert“, erläuterte Jörg Meseberg, „mit dem Herstellungsbetrag II soll eine größere Abgabengerechtigkeit erreicht werden.“

Der WWAZ sei von der Kommunalaufsicht angehalten, dass keine Beitragsansprüche verloren gehen, so Meseberg weiter. Deshalb habe der Verband bei einem externen Anbieter eine entsprechende Kalkulation in Auftrag gegeben. Das Ergebnis habe überrascht. So liege der Herstellungsbetrag II für Schmutzwasser voraus-

sichtlich bei 1,42 Euro und für Trinkwasser bei 2,98 Euro je Quadratmeter beitragspflichtige Grundstücksfläche. Grob überschlagen müsse beispielsweise der Besitzer eines eingeschossigen bebauten 1000-Quadratmeter-Grundstückes 750 Euro bei Trinkwasser zahlen.

Besonders betroffen vom Herstellungsbetrag II beim Abwasser werden Wolmirstedt und Zielitz sein, da beide Kommunen schon vor 1991 an eine zentrale Abwasserbeseitigungsanlage angeschlossen waren.

„Wenn die Verbandsversammlung am Mittwoch den Satzungen zustimmt, können wir auf Knopfdruck die Beitragsbescheide erstellen und versenden“, machte Meseberg deutlich.

Was passiert, wenn die Verbandsvertreter aber mit Nein stimmen, wollten die Ratsmitglieder wissen. „Da es sich dann um einen rechtswidrigen Beschluss handelt, muss der Verbandsgeschäftsführer Widerspruch einlegen und dann

das Thema erneut auf die Tagesordnung einer weiteren Verbandsversammlung setzen“, erläuterte Sylvia Wendt die Rechtslage, „sollte dann erneut mit Nein gestimmt werden, geht der Vorgang an die Kommunalaufsicht. Die wird sich mit dem Landesverwaltungsamt beziehungsweise mit der von der Landesregierung diesbezüglich gebildeten Task-Force in Verbindung setzen.“

„Es ist doch ein Unding, dass nach mehr als 25 Jahren noch Beiträge erhoben werden sollen.“

Das Kommunalabgabengesetz verpflichte die Aufgabenträger die Herstellungsbeträge für Trink- und Abwasseranlagen vollständig zu erheben, so Sylvia Wendt weiter.

„Es ist doch ein Unding, dass nach mehr als 25 Jahren noch Beiträge erhoben werden sollen“, empörte sich der Rogät-

zer Bürgermeister Wolfgang Großmann. „Die Colbitzer und Lindhorster haben damals in freiwilligen Arbeitseinsätzen die Gräben für die Trinkwasserleitungen ausgehoben. Und jetzt sollen sie dafür bezahlen“, fragten ungläubig die Verbandsgemeinderäte aus der Heidegemeinde.

Die Meinung im Verbandsgemeinderat war einhellig. Er beauftragte Hans-Peter Schröder auf der heutigen Verbandsversammlung zu den oben genannten Beschlussvorlagen mit Nein zu stimmen. Der entsprechende Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Falls die betreffenden Satzungen allerdings beschlossen werden, kann der WWAZ mit zusätzlichen Millioneneinnahmen rechnen. „Diese werden für weitere Investitionen beziehungsweise zur Tilgung von Krediten eingesetzt“, beantwortete Jörg Meseberg eine entsprechende Frage der Ratsmitglieder, „das könnte unter Umständen zu sinkenden Gebühren führen.“